

EU-Ostmilliarde: ein Eigengoal!

Die Bilateralen Verträge wurden demokratisch und rechtlich verbindlich abgeschlossen. Beide Seiten betrachten sie als ausgewogen. Niemand kann diese Verträge einfach so kündigen. Auch sind sämtliche osteuropäischen Märkte bereits heute für die Schweizer Unternehmen offen und dies wird auch in Zukunft so bleiben. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den neuen EU-Ostländern funktioniert heute schon hervorragend. Die neuen EU-Länder werden die Schweizer Produkte und Dienstleistungen auch in Zukunft konsumieren, aber nicht wegen der Kohäsionsmilliarde, sondern weil wir besser sind als die Konkurrenz. Sind unsere Produkte schlechter, können wir sie auch mit noch so vielen Kohäsionsmilliarden nicht mehr absetzen. Ausser einigen gierigen EU-Beamten und dubiosen osteuropäischen Politikern interessiert sich dort niemand für diese EU-Ostmilliarde. In Osteuropa interessiert man sich für innovative Schweizer Produkte.

Tatsache hingegen ist: Bei dieser einen EU-Ostmilliarde ist noch lange nicht Schluss. Denn das revidierte Osthilfegesetz öffnet auch die Schleusen für weitere Zahlungen bei künftigen Erweiterungen der EU. Es sieht keine Begrenzung nach oben vor und ermöglicht so ausufernde Geldtransfers ins Ausland. Das Volk könnte bei weiteren Zahlungen kein Referendum mehr ergreifen. Es wäre dann zum Zahlen und zum Schweigen verdammt. Dies ist antidemokratisch und besorgniserregend. Denn weitere Zahlungen sind schon heute absehbar. Bereits fordert Brüssel weitere Hunderte von Millionen Franken zugunsten von Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf deren EU-Beitritt 2007/2008. Und der EU-Erweiterungsprozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Das Osthilfegesetz führt uns direkt in ein rasantes finanzpolitisches Desaster!

Wenn unser Land eine zukunftssträchtige Investition tätigen will, von welcher das Schweizer Volk und die gesamte Schweizer Wirtschaft wirklich profitieren, dann investieren wir besser im eigenen Land! Während Osteuropa bereits Milliarden von der EU bekommt und ein zweistelliges Wachstum aufweist, gibt es in der Schweiz immer mehr Armutsfälle, immer höhere Schulden und schlussendlich auch immer stärker belastende Steuern und Abgaben. Hier muss zuerst angesetzt werden. Die verantwortungslose EU-Ostmilliarde ist darum klar abzulehnen!

Lukas Reimann, Kantonsrat, Wil